

Eltern für Kinder im Revier e.V.
Kastanienallee 42
45127 Essen

Kreisverband Oberhausen

Kreisgeschäftsstelle
Paul-Reusch-Str.26
46045 Oberhausen
Telefon: (0208) 82857551
Telefax: (0208) 82857552

info@gruene-oberhausen.de

Oberhausen, 23. August 2020

Wahlprüfstein „Familien in der Krise“

Sehr geehrte Damen und Herren,

allem voran möchten wir uns bei Ihnen für Ihre Fragen bedanken und das damit entgegengebrachte Interesse an GRÜNEN Positionen. Im Folgenden beantworten wir Ihre Fragen im Einzelnen:

1. ***Wie wollen Sie die Rechte von Kindern und Jugendlichen nach der UN-Kinderrechtskonvention schützen, insbesondere das Recht auf (frühkindliche) Bildung, aber auch auf Ruhe, Freizeit und Spiel?***

Jedes Kind hat das Recht auf einen Zugang zur (frühkindlichen) Bildung. Es muss das Möglichste getan werden, dass auch dieses Recht wahrgenommen werden kann. In diesem Zusammenhang war es eine falsche Priorisierung, während der Corona-Pandemie die Öffnung von Möbelhäusern und Stadien zu diskutieren. Angebote für Kinder können nicht immer als Erstes verhindert und als Letztes wieder ermöglicht werden.

Man hätte durch die Nutzung von weiteren Räumen wie Gemeindezentren und kleinen stetigen Gruppen weiterhin die (frühkindliche) Bildung ermöglichen können. Damit Kinder die auch für sie belastende Zeit gutüberstehen können, ist der Kontakt mit Gleichaltrigen für ihre Entwicklung wichtig. Temporäre Spielstraßen und weitere witterungsabhängige Angebote draußen können den Kindern eine Möglichkeit bieten, sich mit gleichaltrigen Kindern auszutoben. Hier zählt die Devise: Räume die da sind, sollten auch genutzt werden können.

2. *Wie wollen Sie einen zweiten Lockdown für die Bildungseinrichtungen KiTa, Schule und Förderangebote verhindern? Bitte skizzieren Sie kurz die Wahl Ihrer Maßnahmen.*

Ein zweiter Lockdown wäre nicht nur wirtschaftlich ein Schaden, sondern er würde erneut Familien vor große Belastungen stellen. Viele Eltern haben durch Urlaub oder Abbau von Überstunden die Betreuung ihrer Kinder sichergestellt. Bei einem zweiten Lockdown wäre die "zeitlichen Rücklagen" aufgebraucht. Der erste Lockdown hat die Bildungsungerechtigkeit verschärft, da Kinder aus einkommensschwachen bzw. bildungsfernen Familien schlechtere Bedingungen für Selbst- und Distanzlernen haben. Kinder mit besonderem Förderbedarf erhielten nicht die notwendige Förderung und die Eltern nicht die Unterstützung. Die Essenslieferung für Kita- und Schulkinder war nicht in allen Kommunen zufriedenstellend. Deshalb gilt es durch konsequenten Infektionsschutz die Infektionsraten niedrig zu halten. Die Maßnahmen müssen aber sinnvoll und praktikabel sein, und der Sinn muss sich den Menschen entschließen. Bei der durchgängigen Maskenpflicht auf dem Schulgelände und im Unterricht halten wir das aus praktikablen und pädagogischen Gründen für auf Dauer nicht tragbar.

Es müssen dringend die räumlichen Bedingungen so verbessert werden, dass mit ausreichendem Abstand gelernt (und damit auf dauerndes Masketragen verzichtet) werden kann. Dafür braucht es kurzfristige Sanierungen, z.B. den Austausch von defekten Fenstern, damit wieder gelüftet werden kann, und der Raum dann für Unterrichtszwecke genutzt werden kann.

Aber auch die zeitweise Anmietung von Räumen wie Jugendhäusern, Vereinstheimen, Bürger*innenhäusern, Kirchengemeinden, bietet sich an.

3. *Wie wollen Sie gewährleisten, dass die Rechte, Bedürfnisse und Interessen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in die politischen Entscheidungsprozesse einfließen?*

Die Interessen und Belange der Wirtschaft konnten wie beispielsweise auf dem Auto-Gipfel politischen Verantwortlichen übermittelt werden. In einem Familiengipfel hätten frühzeitig die Interessen, Belastungen und Bedarfe der Betroffenen, also von Kindern, Jugendlichen und Familien, den politischen Entscheidungsträger*innen vermittelt werden können. Zudem hätten Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Kinder, Jugendliche und Familien in einem Checkverfahren überprüft werden können.

4. *Wie stellen Sie kurzfristig, aber auch strukturell sicher, dass Angebot und Personal in Kitas und in der Betreuung im offenen Ganztage quantitativ und qualitativ ausreichen?*

Wir haben 2017 ein Konzept Ganztage-Plus vorgelegt, in dem wir weiteren Ausbau an Ganztagsplätzen ankündigten, aber auch eine grundsätzlich neue Finanzierung des Personals. Je OGS-Gruppe sollte eine Stelle für eine Erzieherin oder einen Erzieher landesseitig finanziert werden. Damit würde erstmals flächendeckend eine Qualität ermöglicht.

Außerdem sollte zusätzliches Personal den Schulen zur Verfügung gestellt werden, um multiprofessionelle Teams bilden zu können. Wir haben bei den vergangenen Haushaltsberatungen jeweils Anträge gestellt, um zumindest kurzfristig einen Einstieg in dieses Finanzierungsmodell zu erreichen.

Die stattdessen erfolgte Erhöhung der Landeszuschüsse ist nicht ausreichend, um die Qualität zu sichern. Zur teilweise problematischen Personalsituation aktuell angesichts eines corona-bedingten doppelt so hohen Krankheitsstandes wie normal schlagen wir vor unterstützendes Personal zu gewinnen, z.B. Studierende (auf Lehramt oder Pädagogik). In Teilen von Nordrhein-Westfalen ist ein Fachkräftemangel in den Kitas bereits festzustellen. Diesen zu überwinden wird eine Herausforderung sein, die nicht kurzfristig gelöst werden kann.

Deswegen sind Personalgewinnungskonzepte überfällig. Zum Personalgewinnungskonzept gehört die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Entlohnung, damit die Arbeitsplätze in den Kitas attraktiv werden. Erzieher*innen sollte die Möglichkeit gegeben werden, ihre Teilzeitstellen aufstocken und ihre Stunden voll ausschöpfen zu können. Somit könnte möglicherweise ein Teilbedarf an Erzieher*innen aufgefangen werden.

Hauswirtschafts- und Verwaltungskräfte müssen in den Kitas mitgedacht werden. Es können nicht wie bisher Kapazitäten von Mitarbeiter*innen der Kitas gebunden werden, die sich um unsere Kinder kümmern sollen. Zudem müssen Ergänzungskräften in den Kitas die Möglichkeit gegeben werden berufs begleitend sich weiter qualifizieren zu können.

5. ***Wie wollen Sie Schulen unterstützen, begleitend zum Präsenzunterricht digitale Lernangebote zu entwickeln und mit diesen alle Schülerinnen und Schülern zu erreichen?***

Auch wenn Präsenzunterricht die Regel sein soll, wird es nicht ohne Distanzunterricht gehen. Dort, wo die Räume fehlen, wo Lehrkräfte aus Gesundheitsschutzgründen nur Distanzunterricht geben können oder Schüler*innen aus Gesundheitsschutzgründen nicht in die Schule kommen dürfen. Die Nutzung digitaler Medien ist aber nicht nur für Distanzlernen wichtig, sondern auch im Präsenzunterricht. Im Juni 2019 haben die Grünen in NRW einen umfangreichen Beschluss "SELBSTBESTIMMT LERNEN, SELBSTBESTIMMT LEBEN. BILDUNG FÜR DAS 21. JAHRHUNDERT" gefasst (<https://gruene-nrw.de/2019/06/selbstbestimmt-lernen-selbstbestimmt-leben-bildung-fuer-das-21-jahrhundert/>).

Hier ein Auszug aus den Ausführungen zu "**Schule im digitalen Wandel**":

Die technischen Entwicklungen sind rasant und die Entwicklungszyklen werden immer kürzer. Medienkonzepte, die Schulen heute entwickeln, sind oft bereits veraltet, wenn die Technik, die auf deren Grundlage beschafft wird, in der Schule ankommt. Es müssen neue Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Schulen die Möglichkeiten der Digitalisierung in ihre Arbeit einbinden können. Dazu gehört eine kontinuierlich modernisierte Grundausstattung, die jeder Schule zur Verfügung steht.

Die Antragsverfahren für Neuausstattungen wollen wir vereinfachen. Zur Grundausstattung gehören ein schneller Internetzugang, WLAN im gesamten Gebäude, Präsentationstechnik in allen Räumen. Bei den mobilen Endgeräten ist dafür zu sorgen, dass kein Kind ausgegrenzt wird. Sollte sich die Schule für ein Bring-your-own-device Modell entscheiden, sollte sichergestellt werden, dass Kinder und Jugendliche, deren Eltern aus finanziellen Gründen kein Gerät bereitstellen können, ein adäquates Gerät gestellt bekommen.

*Unverzichtbar sind außerdem IT-Administrator*innen, die die digitale Technik in Abstimmung mit der Schulleitung und dem Kollegium betreuen und die Lehrer*innen zugunsten ihrer Kerntätigkeiten entlasten. ... Medienkonzepte sind in Zukunft als Teil des Schulprogramms nicht mehr „Antragstexte“, sondern Dokumente, die gelebte Unterrichtspraxis in Schulen abbilden und als offene und öffentliche Dokumente Teil einer regionalen Schulentwicklung sind. "Corona hat gezeigt, dass nicht nur Geräte in der Schule vorzuhalten sind, sondern dass alle Schüler*innen nicht nur über digitale Endgeräte verfügen, sondern auch über Zugang zu leistungsstarkem W-LAN und Druckern.*

Hierfür, wie für die digitale Ausstattung der Schulen stehen Bundes- und Landesmittel über den Digitalpaktmittel zur Verfügung. Aber die späte Bereitstellung der Mittel (Förderrichtlinie erst am 21.07.2020 in NRW erlassen) sorgt dafür, dass die Endgeräte für Kinder aus einkommensschwachen Familien die Endgeräte erst im 2. Schulhalbjahr erhalten. Hier brauchen wir Übergangslösungen mit Leihgeräten. Weiterhin brauchen wir landesweite Standards zu Software und Datenschutz, damit die Schulen eine geprüfte und rechtssichere Grundlage für Entscheidungen haben.

Die Plattform „Learnline“ muss um weitere digitale Angebote für alle Schulen ergänzt werden und Lehrkräfte brauchen ein umfangreiches und aufbauendes Fortbildungsprogramm, das auch Coaching-Elemente umfasst.

6. Was wollen Sie tun, um die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, insbesondere mit Blick auf die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Betreuungs- oder Pflegeaufgaben, zu fördern?

Frauen sind besonders von der Corona-Pandemie betroffen. Die „Corona-Krise“ zeigt sehr deutlich, wie fragil die Gleichberechtigung ist. Der Wegfall der Betreuungsinfrastruktur hat vor allem Frauen von heute auf morgen wieder auf alte Geschlechterrollen zurückgeworfen und sie ins Private zurückgedrängt. Sie leisten mehr Care-Arbeit (notwendige unbezahlte Sorgearbeit im familiären Umfeld) als es vor der Pandemie der Fall war, obwohl auch da schon ein Missverhältnis zwischen den Geschlechtern festzustellen war.

Zwar leisten auch Männer während der Corona-Pandemie mehr Care-Arbeit, aber ihr Anteil hat sich nur geringfügig erhöht. Es zeigt sich sehr deutlich, dass Frauen in der aktuellen Krise für Fürsorgearbeit zurückstecken, und das drängt sie aus dem Arbeitsmarkt, das drängt sie aus Teilhabe und dem muss entgegengewirkt werden.

Es braucht Betreuungsinfrastruktur, die in der Krise funktioniert und nicht darauf aus ist und wie selbstverständlich davon ausgeht: Wenn wir eine Krise haben, dann werden die Frauen zu Hause das schon unentgeltlich richten. Langfristige Konjunkturmaßnahmen sind erforderlich, um zu vermeiden, dass Frauen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus dem politischen Fokus geraten.

Das bedeutet, dass wir Maßnahmen treffen müssen, um die Vereinbarkeit dauerhaft zu stärken, beispielsweise über eine bessere Randzeitenbetreuung, aber auch durch Entlastung, beispielsweise durch haushaltsnahe Dienstleistungen. Ein geschlechterausgewogenes Konjunkturpaket, das weibliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und weibliche Selbstständigkeit fördert sowie einen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf leistet, könnte ein Weg sein, der die Situation der Frauen verbessert.

Wir hoffen, wir konnten Ihnen mit unseren Antworten einen Überblick verschaffen und senden

freundliche Grüße nach Essen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Oberhausen



Andreas Blanke
Wahlkampfleiter